



SANDRO MEZZADRA & MARIO NEUMANN
JENSEITS VON
INTERESSE & IDENTITÄT
KLASSE, LINKSPOPULISMUS UND DAS ERBE VON 1968



LAIKA DISKURS

5. Auf der Suche nach dem neuen Proletariat

Ist ein Linkspopulismus nötig, um die Klassenfrage wieder zu politisieren? Diese Position wird in der heutigen linken Debatte mit verschiedenen Nuancen vertreten. Wir haben in diesem Text versucht, sie zu diskutieren, historisch und theoretisch einzuordnen und zu problematisieren. Wir haben uns genealogisch auf den Klassenbegriff konzentriert und haben einige Momente seiner politischen Geschichte skizziert. Die Diskussion einiger Stellen des Marxschen Werkes hat uns erlaubt, die vielfältigen Spannungen, Oszillationen

und sogar Widersprüche des Klassenbegriffs hervorzuheben. Wir sind überzeugt, dass zumindest einige dieser Spannungen auch heute noch der Sache selbst entsprechen und politisch produktiv gemacht werden müssen. Das gilt vor allem für die Kluft zwischen der objektiven, strukturellen Dimension des Klassenbegriffs und seinen subjektiven Momenten, die das Konzept des Klassenkampfes begleiten und das Problem des Politischen innerhalb des Klassenbegriffs stellen. Gleichzeitig bestehen wir darauf, dass Klasse und soziale Frage keineswegs synonym sind. Letztere ist vielmehr eine gouvernementale Kategorie, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Grundlage schafft für die Integration der Arbeiterbewegung in die »bürgerliche Gesellschaft« und ihre Institutionen – und später für einen Prozess der Konstitutionalisierung der Arbeit, der das 20. Jahrhundert tief geprägt hat. Wir haben auch zu zeigen versucht, dass diese Prozesse, die auch bedeutende demokratische und soziale Siege im Rahmen des Wohlfahrtsstaates ermöglichten, durch die Hegemonie eines objektivistischen und ökonomistischen Klassenbegriffes innerhalb der Arbeiter*innenbewegung begleitet und befördert wurden.

Dieser Klassenbegriff, den wir den Klassenbegriff der Arbeiter*innenbewegung nennen (ohne zu vergessen, dass die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung weitaus komplizierter, heterogener und reicher ist), hatte spezifische Grenzen, die sich in der ökonomischen und politischen Repräsentation durch Gewerkschaft und Partei abbildeten. Frauen und migrantische Arbeiter*innen, Reproduktion und »unproduktive« Arbeit waren entweder von dieser Repräsentation ausgeschlossen oder nur selektiv, differenziell oder auf eine untergeordnete Weise in sie einbezogen. Wir haben zu zeigen versucht, dass die Erfahrungen der Jahre um 1968 den Klassenbegriff der Arbeiterbewegung radikal herausgefordert und insofern eine Neubelebung der Klasse als Spannungsfeld bedeutet haben. Heterogenität der Klassenzusammensetzung, neue Kombinationen von Produktion und Reproduktion, Entgrenzung der produktiven Arbeit; dies sind zusammengefasst einige Züge, die in den Aufständen jener Jahre auftauchten, in der Theorie und Praxis der Neuen Linken reflektiert und danach durch die neoliberale und globale kapitalistische Restrukturierung zur Grundlage neuer Prozesse von Ausbeutung und Verwertung des Kapitals gemacht wurden. Wir haben abschließend zu zeigen versucht, dass in vielen jüngeren politischen Erfahrungen (wie denen

der sozialen Kämpfe und der fortschrittlichen Regierungen in Lateinamerika, der Bewegung der Bewegungen oder der Platzbewegungen) diese Aspekte der Klassenzusammensetzung wieder als Kampffelder aufgetaucht sind.

Wir behaupten aufgrund dieser Erfahrungen, dass der Klassenbegriff nach wie vor eine zentrale Herausforderung für die Begründung jeder linken Politik bleibt. Klasse bedeutet von Anfang an eine radikale Spaltung in der Gesellschaft, die objektiv in den Produktionsverhältnissen gründet und sich subjektiv im Klassenkampf ausdrückt. Prozesse der Verarmung und Enteignung haben immer wesentliche Rollen in der Produktion der ausgebeuteten Klasse gespielt, während andererseits diese Prozesse immer durch subjektive Momente des Widerstands und Kampfes durchkreuzt worden sind. Diese Grundzüge des Klassenbegriffs sind auch heute aktuell, sie müssen aber neu gedacht und formuliert werden. Die Produktionsverhältnisse im heutigen Kapitalismus sind im Besonderen durch einen hohen Grad von Sozialisierung geprägt, der viele Grenzen (zwischen Produktion und Reproduktion, Arbeit und Leben, Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit) nicht abgeschafft, aber sicherlich in Frage gestellt hat. Und das hat tiefe Folgen sowohl für die Zusammensetzung wie auch für das *Erlebnis* der Klasse. Die Frage der Demokratie wird auch innerhalb der Klasse gestellt. Auf der anderen Seite hat die Geschichte der Kämpfe dazu geführt, dass das Verhältnis zwischen der Arbeitskraft und ihrem Träger (dem Körper) radikal politisiert wurde. Das verändert die Natur der Arbeitskraft selbst ebenso wie die Kämpfe um ihre Veräußerung.

Damit hängt unmittelbar zusammen, wie man sich heute die Anatomie einer Politik der Klasse vorzustellen hat, der sich natürlich immer auf eine bestimmte Weise das Problem des »Klassenbewusstseins« stellt. Wir könnten in dieser Frage sogar auf eine andere, bereits bei Marx angelegte Spannung verweisen. Bereits hier mischen sich unterschiedliche Vorstellungen davon, auf welcher Grundlage sich eine Politik der Klasse entwickeln soll: Ist es das objektive und vielleicht sogar *utilitaristische* Interesse oder vielmehr die kollektive, gemeinsame soziale Erfahrung in der Fabrik und dem durch sie bestimmten Alltag, was die Grundlage des »Klassenbewusstseins« bereitstellen soll? Und ist Solidarität von hier aus einfach eine egoistische, automatische oder gar intuitive Taktik zur Verfolgung eigensinniger Ziele oder viel-

mehr eine politische Entscheidung, die nicht automatisch durch die Objektivität einer Lage entsteht?

Es dürfte wenig überraschen, dass für uns eher letzteres plausibel erscheint: Die kollektive Überschreitung der vom kapitalistischen Kommando organisierten individuellen Konkurrenz ist niemals ein Automatismus; alternative Strategien zur Verfolgung individueller oder gruppenspezifischer Interessen existieren immer. Insofern kann man sich »Klassenbewusstsein« auch nicht vorstellen als eine Einsicht in das »wahre« eigene Interesse, die sich im Prozess marxistischer Aufklärungskampagnen einstellen wird. Zu einem kollektiven Bewusstsein und zur wechselseitigen Solidarität gehört vielmehr auch die Fähigkeit, das Gemeinsame denken und leben zu können, sich im Anderen wiederzuerkennen. Jede linke Klassenpolitik sollte sich in unseren Augen dieser Tatsache bewusst sein: »Klassenbewusstsein« ist immer mehr als die Verfolgung des eigenen Interesses, welches sich als Egoismus und Konkurrenz immer auch gegen Andere richten kann.

Gleichzeitig können wir mit Bestimmtheit sagen, dass heute ein solches Wiedererkennen im Anderen durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen vielleicht mehr denn je erschwert und dadurch zu einer politischen Aufgabe wird. Kollektive, relativ homogene Erfahrungen am Arbeitsplatz (wie beispielsweise im Zeitalter des Fließbands) verlieren an Bedeutung; subjektiviert, individualisierte und spezialisierte Arbeitsabläufe und -bedingungen werden zur Regel; die fortschreitende Individualisierung erzeugt nicht nur neue Freiheiten, sondern auch neue Gräben; die globalisierten Metropolen produzieren komplexe soziale Begegnungen. »Klassenbewusstsein« steht heute vor diesen immensen Herausforderungen: durch die Heterogenität und all diese Unterschiede hindurch das Gemeinsame entdecken, politisieren und aktiv erfinden zu müssen, das notwendigerweise eine etwas »abstraktere« Form haben wird, weil es nicht mehr auf die relative Homogenität von Lebens- und Arbeitsbedingungen rekurrieren kann. Und sicherlich zählt zu den zentralsten Herausforderungen unserer Zeit die erneute und grundsätzliche Politisierung der globalen Arbeitsteilung, der individuellen Abhängigkeit vom neoliberalen Arbeitsregime und ihre Auswirkungen auf das soziale Leben. Die Subjektivierung der Arbeit und des Lebens als eine kollektive Erfahrung zu verstehen und erneut zu politisieren, das ist in der Tat eine herausragende

politische Aufgabe. Es ist die Kreuzung zwischen Ausbeutung, Herrschaft und Subjektivierung, die für das Verständnis und die politische Artikulation der gegenwärtigen Formen des Klassenkampfes entscheidend ist. Das ist umso mehr der Fall in einer Situation, in der die Heterogenität von Ausbeutung und Herrschaft und das Überlappen von verschiedenen Verwertungsprozessen strukturelle Merkmale des Kapitalismus wie auch der staatlichen Gestaltung des Klassenkonflikts geworden sind. Und gleichzeitig – wenn wir uns an 1968 erinnern – ist dieser Zusammenhang nicht zuletzt deswegen wichtig, weil der neoliberale Kapitalismus vielerorts eine bestimmte Form des Konformismus und der Anpassung erzeugt, die zwar von vielen Theoretiker*innen beschrieben und durchschaut wurde, aber immer noch keine wirkliche, angemessene »Rebellionsweise« als Antwort gefunden hat. Und die Frage nach einer solchen Rebellionsweise scheint geeigneter für diese Suche zu sein als der Begriff »Resilienz«, der neuerdings einen gewissen Erfolg feiert, ohne dass seine neoliberale Prägung reflektiert wird.

Gunther Therborn hat geschrieben, dass heute der Klassenbegriff als ein »Kompass« verstanden werden muss, der eine linke Politik in Richtung auf »die Ausgebeuteten, die Beherrschten und die Benachteiligten in aller ihrer Vielfalt« orientiert (Therborn 2012, 26; Übersetzung SM/MN). Wenn wir ihn so und in dieser Allgemeinheit verstehen, wird der Klassenbegriff zu einem theoretischen Werkzeug und zu einem politischen Forschungsdispositiv. Er liegt im Herzen jeder linken Politik, ohne dass diese dazu gezwungen wäre, sich auf eine Rhetorik der Klasse zu reduzieren. Besonders wichtig für uns ist, dass Klassenpolitik heute auf keine Weise nur Interessenpolitik oder »Kampf am Arbeitsplatz« sein kann. Sie sollte der vielfältigen Durchdringung des Lebens durch die Arbeit entsprechen und gleichermaßen das Leben nicht objektivistisch aus der Arbeit ableiten. Wir haben in den letzten Jahren viele Kämpfe gesehen und erlebt, die – wie zum Beispiel migrantische Streiks in den USA oder Frauenstreiks in Ländern wie Polen, Argentinien und Italien – tief verbunden mit der Frage der Arbeit sind und die trotzdem nicht die Sprache der Interessenpolitik sprechen. Das spricht natürlich nicht gegen die Notwendigkeit einer erneuerten Interessenpolitik. Es zeigt aber, dass eine Politisierung der Struktur der abhängigen Arbeit in ihrer Allgemeinheit eine Kombination von politischen Sprachen, Aktionsweisen und Organisationsformen erfordert,

die weit über Interessenpolitik und ihre traditionellen Träger*innen – insbesondere die Gewerkschaften – hinausgeht. Dem entspricht auch die schon eingangs erwähnte Notwendigkeit, einen Begriff der Arbeit und der Arbeitsteilung zu entwickeln, der nicht loharbeitszentriert ist – ohne jedoch dabei die tiefe und steigende Bedeutung der *Lohnabhängigkeit* zu relativieren. Prozesse der ethnischen und geschlechtlichen Segmentierung des Arbeitsmarktes durchkreuzen und gestalten die klassische Vorstellung der Arbeitsteilung nach Qualifizierung und Lohnniveau um. Was daraus folgt ist – noch einmal – die materielle Relevanz von Prozessen der Subjektivierung, die allzu oft durch den Begriff der »Identitätspolitik« verschleiert werden.

Es ist bekannt, dass Michel Foucault drei Arten von Kämpfen unterschieden hat: Kämpfe gegen Ausbeutung, Kämpfe gegen bestimmte Formen von Herrschaft und Kämpfe »gegen alles, was den Einzelnen an sich selbst bindet und dadurch seine Unterwerfung unter die anderen sicherstellt« (Foucault 2007, 86). Diese Kämpfe gegen die »Objektivierung des Subjekts« und damit für eine neue Subjektivität spielten für ihn seit 1968 eine immer größere Rolle. Wir bestehen darauf, dass die Kämpfe um Subjektivierung einen wesentlichen Teil der heutigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen bilden. Wir möchten zugleich betonen, dass diese Kämpfe *auch* mit der Frage der Herrschaft und Ausbeutung konfrontiert sind, da sie wesentliche Rollen in der heutigen Gestaltung der Arbeit und der gesellschaftlichen Kooperation spielen. Die Frage der Arbeit durchkreuzt in der Tat die drei Arten von Kämpfen, die Foucault unterscheidet. Und zugleich können alle diese Kämpfe nicht auf Kämpfe auf dem Terrain der Arbeit reduziert werden. Insofern können wir sagen, dass sich heute sowohl die Aufgabe einer Erneuerung und Erweiterung des Marxismus wie auch das Eingeständnis seiner systematischen Grenzen stellt, wenn wir über Klassen- und Identitätspolitik sprechen. Und wir fügen hinzu: Es gibt wirklich überhaupt keinen Grund und keine Berechtigung, jene Politiken zu diffamieren, die sich nicht auf dem vom Marxismus abgesteckten Terrain bewegen. Der Kampf gegen sexuelle und sexualisierte Gewalt, die permanenten Angriffe auf die LGBTIQ-Community, der alltägliche Rassismus: Diese und viele weitere Realitäten sind für bestimmte »Identitätspolitiken« (die oftmals überlebensnotwendig sind) keine Nebensächlichkeiten, nur weil sie keinen systematischen Platz in einer

lohnarbeitszentrierten Weltansicht haben oder nicht das kapitalistische Kommando ins Visier nehmen.

Die Klassenpolitik, an die wir denken, sieht notwendigerweise ganz anders als irgendeine Form von Linkspopulismus aus. Sie ist eine *expansive* Politik der Befreiung, die sicherlich populäre Kräfte und Forderungen einbezieht, aber jede sozial-nationale Begrenzung ablehnt. Dem gegenwärtigen deutschen Linkspopulismus wohnt dagegen die Gefahr einer solchen Begrenzung strukturell inne, während und weil er dazu neigt, dem (nationalen) Staat als bevorzugtem Repräsentanten des »Volkes« die wesentlichen Funktionen in der fortschrittlichen Verwaltung der sozialen Frage zuzurechnen. Wir denken nicht, dass der Staat keine Rolle in einer Politik der Befreiung spielen kann. In unserer Analyse der lateinamerikanischen Erfahrungen haben wir diese Frage kurz analysiert und sowohl die Grenzen wie auch die Potentialitäten der staatlichen Politik in dieser Hinsicht hervorgehoben. Wir sind aber auf jeden Fall überzeugt, dass der Staat nicht das Gravitationszentrum einer Politik der Befreiung sein kann – ja dass er ohne eine Klassenpolitik, wie diejenige, die wir hier angedeutet haben, die Dynamik der gesellschaftlichen Transformation notwendigerweise erstickt. Darüber hinaus besteht der Linkspopulismus auf einem sehr traditionellen Verständnis der Partei und der politischen Repräsentation. Dagegen denken wir, dass es dringend notwendig ist, ein neues Verhältnis zwischen der »kommunistischen Partei« und der Klasse zu erfinden und praktisch damit zu experimentieren, das weit über traditionelle Formen der Mitgliedschaft, der politischen Einheit und der Repräsentation hinaus gedacht werden muss.

Die Form der Koalition, wenn sie nicht additiv (als bloße Summe von einzelnen Bewegungen und Kämpfen), sondern als ein organisatorisches Dispositiv der politischen Übersetzung und Subjektivierung gedacht wird, kann in diesem Sinne wegweisend sein. Hier ist die Demokratiefrage unausweichlich in dem Sinne, dass das Subjekt einer Politik nicht einfach in der Theorie entdeckt werden kann, sondern in (oftmals konflikthaften und schwierigen) Prozessen entsteht. Selbst Eribon, von dem wir ausgegangen sind, scheint so etwas im Kopf zu haben, als er in *Rückkehr nach Reims* über die Möglichkeit einer linken Neuorientierung »des Arbeitermilieus und der populären Klassen« spricht. Das sei für ihn nur durch eine grundsätzliche Veränderung der

»globalen (nationalen und internationalen) Lage«, des »politischen Koordinatensystems« möglich. Zu einer solchen radikalen Veränderung, so Eribon, wären sicherlich »einige einschneidende Ereignisse nötig« (Streiks, Demonstrationen usw.), die die Zusammenkunft von »Arbeitermilieus« mit »anderen gesellschaftlichen Segmenten« in einem neuen politischen Rahmen ermöglichen würden (Eribon 2016, 131).

Wir haben bereits auf die migrantischen und feministischen (Streik-) Bewegungen der letzten Jahre hingewiesen. Migrant*innen und Frauen kommen überhaupt nicht oder jedenfalls nicht prominent in der politischen Agenda des Linkspopulismus vor. Wie wir schon gesagt haben, wird gegenwärtig sogar implizit oder explizit die These (man denke nur an die Eribon-Debatte oder diverse Einlassungen linker Spitzenpolitiker*innen) vertreten, dass gerade die Fixierung der Neuen Linken auf solche Subjekte identitätspolitische Übertreibungen und Klassenvergessenheit gefördert haben. Im Gegensatz dazu haben wir versucht zu zeigen, dass historisch die Mobilisierung von Migrant*innen und Frauen absolut zentral auch für die Vertiefung und Radikalisierung von Klassenpolitik gewesen ist. Zukünftig, wenn wir an die Relevanz der Mobilität und der Reproduktionsarbeit für die Klassenzusammensetzung im Rahmen des gegenwärtigen Kapitalismus denken, werden die Kämpfe von Migrant*innen und Frauen darüber hinaus auch strategisch immer bedeutsamer werden. Das haben Hunderttausende verstanden und ausgedrückt, als sie am 8. März in zahlreichen Ländern demonstriert und gestreikt haben.

Liest man den Aufruf des argentinischen Kollektivs *NiUnaMenos*, der zu einem Streik von Frauen und einer Demonstration von 500.000 Leuten am 8. März 2017 in Buenos Aires geführt hat, kann man ihn als ein außerordentliches Manifest der heutigen Klassenpolitik interpretieren. Die Aneignung und Erneuerung der Form des Streiks, die eine lebhafte Diskussion auch in den Gewerkschaften eröffnet hat, wird hier in Anspruch genommen, um die Forderungen einer Vielfalt von subjektiven Figuren der Arbeit (formell und informell, prekär und migrantisch, Lohnarbeit und Hausarbeit) zu politisieren. Der Kampf gegen sexuelle Gewalt und Patriarchat wird im Rahmen eines allgemeineren Kampfes gegen ein Herrschaftssystem artikuliert, das Kapital und Staat auf der Grundlage der kolonialen Erbschaft aufgebaut haben. Und

gleichzeitig hat dieses Dokument einen starken konstituierenden, positiven Charakter: »Die Stärke unserer Bewegung«, schreibt das Kollektiv, »besteht in den Bündnissen, die wir zwischen uns bauen ... – bauen wir die Welt, in der wir leben wollen«! Eine feministische Mobilisierung hat damit exemplarisch die Grundlage für die Universalisierung eines Kampfes geschaffen, der darauf zielt, die Welt und das Leben zu verändern.